

Präs.: 8. Juni 1971 No. 640/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. KRANZLMAYR, *Sandmeier*
und Genossenan den Bundesminister für soziale Verwaltung
betreffend Unterstützung aus dem Arbeitsmarktförderungs-
gesetz für Arbeitermittelschüler

19 Studenten des Bundesgymnasiums für Berufstätige in Linz
- zum Teil Familienväter - haben auf Grund des Arbeitsmarkt-
förderungsgesetzes Unterhaltsbeiträge zugesprochen bekommen
und auf Grund dieser Zusage ihre Berufe aufgegeben, um sich
voll und ganz dem Studium und der Vorbereitung auf die Abend-
matura widmen zu können.

Während im April die Beiträge ausbezahlt wurden erklärte nun
das Arbeitsamt, daß für Mai die Budgetmittel erschöpft seien
und erst nach Inkrafttreten des Budgetüberschreitungs-gesetzes
wieder Auszahlungen erfolgen könnten.

Den Studenten, die auf die Versprechungen derart hereinfließen,
wurde erklärt, daß sie vorderhand die Arbeitslosenunterstützung
in Anspruch nehmen sollten, bis Gelder im Sinne des Arbeits-
marktförderungsgesetzes wieder freigegeben werden könnten.

Die Handlungsweise des Sozialministeriums ist für die Betrof-
fenen unverständlich. Aussprachen verliefen bisher ergebnislos.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher die

A n f r a g e :

- 1) Entsprechen die oben angeführten Sachverhalte den Tat-
sachen ?
- 2) Warum wurden Zusagen gemacht, die schon innerhalb der
ersten Jahreshälfte nicht erfüllt werden können und die
Betroffenen in außerordentlich schwierige, zum Teil sogar
existenzbedrohende Situationen brachten?

- 2 -

- 3) Warum wird im Sozialministerium der Amtsschimmel - dem Vernehmen nach soll eine Unterschrift eines hohen Beamten für einen entsprechenden internen Transfer der Gelder notwendig sein, der nicht verfügbar und dessen Vertreter nicht zeichnungsberechtigt sei - vor die Existenznöte dieser Studenten gesetzt ?
- 4) Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um den Betroffenen Soforthilfe zukommen zu lassen ? *A*